

61. DPI NGO Konferenz 3. – 5. September 2008 :

Die Bekräftigung der Menschenrechte für alle: Die universelle Erklärung der Menschenrechte wird 60

Mittags-Workshop 3. September 2008

Die Synthese von Menschenrechten und staatlicher Sicherheit

- Veranstalter : Foundation for Subjective Experience and Research S.E.R. –

Die Moderatorin, **Frau Rita Jakob-Wiederkehr**, *Psychologin und Anwältin, Repräsentantin der S.E.R. Stiftung*, eröffnete den workshop mit Minuten des Schweigens und Gedenkens an die Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Anschließend tauschten sich die Teilnehmer des workshops interaktiv über ihre persönlichen Erfahrungen zum workshop-Thema aus.

Unabhängig von den je unterschiedlichen Blickrichtungen setzten die nachfolgenden Reden der Podiumsmitglieder alle voraus, dass die alte, monarchisch verwurzelte Priorität von staatlicher Sicherheit gegenüber den Individualrechten abgelöst ist durch die Herrschaft des demokratischen Prinzips, bei dem der Mensch als souveräne, einzige Quelle staatlicher Macht verstanden wird und mit Individualrechten ausgestattet ist.

Frau Katharina Brecht, *Studentin, Jugendrepräsentantin der S.E.R. Stiftung*, nahm Bezug auf Artikel 26 der Universellen Menschenrechtserklärung sowie auf das 2. Jahrtausendentwicklungsziel (MDG). Sie unterstrich deren Bedeutung für die Sicherheit eines Staates, in dem dann Kinder wie auch nachfolgend Erwachsene des Schreibens und Lesens kundig sind, damit Zugang zu Information haben, Respekt, Toleranz sowie Verantwortlichkeit leben und menschlicher Würde Geltung verschaffen.

Frau Bianca Jinga, *Mitarbeiter bei den UN-Volunteers im Kosovo*, berichtete über geschlechtsspezifische Unterschiede im Betroffensein von Konflikten sowie der Rolle beim Aufbau von Gesellschaften nach Konflikten. Sie hob hervor, wie wichtig die Arbeit von vor Ort tätigen ehrenamtlichen Kräften ist, um den Austausch innerhalb der Kommune und Versöhnung/reconciliation zu fördern.

Frau Brigitte Langenhagen, Repräsentantin des Baltic Sea Forum und früheres Mitglied des Europäischen Parlaments, reflektierte über die Herausforderungen, die aus den erweiterten Bereichen der Zusammenarbeit innerhalb der EU und der erfolgten Aufnahme mehrerer neuer EU-Mitglieder entstehen. Unabdingbare Voraussetzung für einen gemeinsamen Fortschritt in Einheit ist für sie die Anerkennung und Umsetzung der Menschenrechte.

Frau Felicitas Hoffmann, Richterin, Repräsentantin der S.E.R. Stiftung, nahm Bezug auf die Arbeit der UN-Kommission für menschliche Sicherheit bzw. nun des Beratungsgremiums für menschliche Sicherheit. Sie unterstrich, dass menschliche Sicherheit – die Verschmelzung von staatlicher Sicherheit mit Menschenrechten – unerlässlich ist nicht nur für das globale Überleben, sondern ebenso für die Lösung wie auch die Prävention von Konflikten. Danach verlangt der in der Universellen Menschenrechtserklärung festgeschriebene Standard an Rechten, Prinzipien und Werten, die je noch auf ihre Auswertung und volle Umsetzung harren, neue Strukturen in Regierung, Unternehmen und auf persönlicher Ebene, wobei die Förderung von neuen Synthesen /reconciliation das Leitprinzip sein sollte, um diese Entwicklung in Gang zu setzen und zu sichern.

In Anbetracht der Tatsache, dass die **UN das Jahr 2009 zum Internationalen Jahr von Reconciliation** proklamierten, wurde weiter aufgezeigt, dass das Internationale Reconciliation Jahr eine immense Möglichkeit eröffnet, gemeinsam eine neue Vision zu kreieren, indem die Bedeutung der Menschenrechtserklärung in den Vordergrund gestellt, diese bekräftigen wird und insbesondere die Menschenwürde durch breite Aktivitäten und Erfahrungen in der ganzen Welt gelebt wird (wie im Aktionsplan der Stiftung dargestellt : www.ser-foundation.de ; www.global-balance.de).

In einem sehr lebendigen, respektvollem Dialog der rund 60 Teilnehmer von unterschiedlichen Kontinenten zu einem Entwurf der S.E.R. Stiftung und angeregt durch die pointierte Stellungnahme eines anwesenden Richters des früheren Straftribunals für den Kosovo, erarbeiteten die Teilnehmer die folgende Maxime, die vom Plenum nach Abstimmung mehrheitlich angenommen wurde:

„Es ist die Pflicht des Staates und der gesetzgebenden Gewalt, in der Anwendung, Umsetzung und Durchsetzung von Gesetzen Menschenrechte zu sichern und zu schützen, wie diese durch die Universelle

Menschenrechtserklärung konkretisiert wurden und ebenso den humanitären Gesetzesprinzipien Geltung zu verschaffen.“

An die Teilnehmer des workshops wurden Aufkleber mit der Einladung zur Teilnahme am Internationalen Reconciliation Jahr verteilt.